

KURZ UND PRÄGNANT

V-Mann-Skandal

Am 8. Februar konstituierte sich der „V-Mann“-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags. Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender und Mitglied im Ausschuss, erwartet eine umfassende Aufklärung, ob und inwieweit der Thüringer Inlandsgeheimdienst „Landesamt für Verfassungsschutz“ mit einem Neonazi und dessen Netzwerk bei systematischen Attacken gegen Landtagsabgeordnete, drei davon aus der Linksfraction, zusammengearbeitet hat.

Ziel der aggressiven Aktionen sei die systematische Herabwürdigung von Parlamentariern gewesen. Aus Ramelows Sicht ist vor allem die Frage zu beantworten, ob der Geheimdienst Auftraggeber oder nur Abschöpfer solcherart demokratiefeindlicher Aktivitäten gewesen sei. Immerhin seien CDU-Abgeordnete vor dem staatlich finanzierten Neonazi und Provokateur gewarnt worden. Nur die Aufarbeitung reiche als Konsequenz aus dem Geschehen allerdings nicht. Das Parlament müsse sich schützen, da vom völlig diskreditierten Inlandsgeheimdienst kein adäquater Schutz zu erwarten sei.

Unter www.die-linke-thl.de Sonderseite zum V-Mann-Skandal ■

Masterplan Energiewende

Nachdem nun der Weg frei ist für die Übernahme von Eon Thüringen in kommunale Hand erklärte Bodo Ramelow: „Die Besitzveränderung ist allerdings nur der erste Schritt, jetzt müssen viele weitere folgen!“ Diese Investition sei gut angelegtes Geld. Die eigentliche Dividende werde Thüringen jedoch nur erzielen können, wenn man jetzt auch einen Masterplan unter Einbeziehung aller Komponenten entwickelt. Dazu ist es notwendig, das Gemeindewirtschaftsrecht so zu gestalten, dass die Energie- und Wärmeproduktion zu einem elementaren Teil der Regionalwirtschaft wird. Das Thüringer Stromnetz muss nun gemeinsam mit den Stadtwerken optimiert werden.

Auf diesem Weg sei ein Schulterschluss zwischen Gemeinden und Stadtwerken – auch in Bezug auf die bessere Nutzung von Speicherkapazitäten für regenerative Energieträger – unerlässlich. Zudem böte die Verzahnung der vorhandenen und gegebenenfalls zukünftigen Pumpspeicherwerke (110 kV) immense Entwicklungspotentiale für eine dezentrale Energieproduktion und das Speichern von Strom. „Ein Grundbaustein eines Energiewende-Masterplans müsste darin bestehen, den Wald als Energieträger sowie als Energieproduzent besser in die territoriale Energiegewinnung einzubeziehen“, fügt der LINKE-Fraktionschef hinzu. ■

„Das eigentliche Standortrisiko CDU“

Zur Diskussion um das Gutachten für eine Thüringer Verwaltungs- und Gebietsreform

Angesichts der heftigen öffentlichen Diskussionen, in denen einzelne CDU-Lokalpolitiker mit der Abwanderung in benachbarte Bundesländer drohen, erklärt Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Das eigentliche Standortrisiko für die Entwicklung Thüringens ist nicht die Frage von großen oder kleinen Kreisen. Das eigentliche Risiko ist die ehemalige Volkspartei CDU, die offenkundig nur noch von Klientelinteressen angetrieben wird.“

Die Debatte mache deutlich, dass es den CDU-Landräten nicht um die Zukunft des Landes gehe, sondern um deren Bürostühle. Ein innerer Kern, das Land gestalten zu wollen, sei nicht erkennbar und die Bürger würden in Geiselhaft genommen. „Offensichtlich sollen nicht mehr Bürgerinnen und Bürger souverän über eine Verwaltungs- und Gebietsreform entscheiden, sondern die hochherrschaftlichen Landfürsten einer Stillstandspartei“, betonte Bodo Ramelow.

Für den Fraktionschef müssten zunächst die Grundzüge einer Verwaltungsreform klar sein. Dann müssten die kommunalen Gebietsstrukturen darauf abgestimmt werden. Das große Ziel müsse dabei sein, bürokratische Hemmnisse abzubauen und Verwaltungen zu modernisieren. Diesen Prozess könne die sich immer noch als Volkspartei bezeichnende CDU offensichtlich nicht gestalten. „Die Kraft der Erneuerung kann nicht greifen, wenn man sich seit 1990 in den Behörden eingerichtet hat. Deshalb muss man der CDU die Chance der Revitalisie-

rung in der Opposition geben!“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende.

Nachdem das Gutachten der Thüringer Expertenkommission zur Verwaltungs- und Gebietsreform am 31. Januar öffentlich vorgestellt worden war, hatte MdL Knut Korschewsky, Landes-



vorsitzender der LINKEN, sich folgendermaßen geäußert: „Bereits im Mai 2005 hat DIE LINKE in Bad Langensalza einen Masterplan für eine bürgernahe und effiziente Verwaltung vorgelegt. Das Ziel: eine planvolle und umfassende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen. Was damals als Vision belächelt wurde, steht heute im Gutachten der von der Landesregie-

berufenen Expertenkommission. Wieder einmal zeigt sich: LINKS wirkt! Gemeinsam mit der Linksfraction fordern wir den Thüringer Landtag auf, ein Vorschaltgesetz auf den Weg zu bringen, das die Kriterien für eine umfassende Aufgabenkritik zur Verwaltungs-

und Gebietsreform regelt. Die Notwendigkeit dieser Reform lässt sich nicht auf eine Spardebatte reduzieren. Sparen allein ist nicht unser Ausgangspunkt. Notwendig ist ein zukunftsorientiertes Entwicklungskonzept für den Freistaat. Viel zu viel Zeit ist verstrichen. Nun

müssen endlich Taten folgen.“

Eine erste Fachdebatte zum Gutachten sowie zu den Grundsätzen der LINKEN für eine Verwaltungs- und Gebietsreform hatte die Landtagsfraction am 6. Februar per Livestream ins Internet übertragen. Einleitend hatte Rechtsanwalt Michael Menzel den Bericht der Kommission analysiert (s. Foto). ■



Abwasserpolitik: Zu spätes Umdenken bei der CDU

Wenn es jetzt heißt, dass sich die Kosten für die Thüringer Wasser- und Abwasserreform aus dem Jahr 2004 verdoppeln würden, „belegt das nur die desaströse Finanzpolitik der damaligen CDU-Regierung unter Dieter Althaus“, sagte MdL Frank Kuschel. Er verwies auf den seinerzeitigen Vorschlag der LINKEN, anstelle der Rückerstattung der Wasserbeiträge ein Verrechnungsmodell mit laufenden Gebühren anzuwenden. Dies hätte das Land maximal 200 Millionen Euro gekostet statt der jetzt im Raum stehenden drei Milliarden Euro. Auch die Bürgerinitiativen hatten diesem Verrechnungsmodell zugestimmt.

Nunmehr signalisiert die Thüringer CDU ein Umdenken in der Abwasserpolitik. „Aber in den meisten Fällen kommt ein Systemwechsel zu spät“, sagt der Kommunalpolitiker der Linksfraction mit Verweis auf eine CDU-Ankündigung, noch geplante Investitionen in Abwassereinrichtungen auf den

Prüfstand zu stellen. 20 Jahre haben die CDU-geführten Landesregierungen in Thüringen Abwassergroßanlagen auf dem höchsten Stand der Technik gefördert und mit Milliardenbeträgen gefördert. „Jetzt auf die Kostenexplosion im Abwasserbereich mit Appellen in Richtung kommunale Zweckverbände zu reagieren, ist nicht nur hilflos, sondern verantwortungslos“, betont Frank Kuschel. Viele Zweckverbände hätten ihre Abwasseranlagen auf zentrale Großprojekte ausgerichtet. Eine Umschwenken hin zu grundstücksbezogenen und kostengünstigeren Kleinkläranlagen sei so nur schwer möglich und fordere erneut enorme Finanzmittel des Landes. Die CDU solle nicht nur mit blumigen Worten eine andere Abwasserpolitik fordern, sondern vielmehr durch gesetzliche Rahmenbedingungen und gezielte Förderprogramme die kommunalen Zweckverbände bei der Umstellung der Abwassersysteme unterstützen. ■

Für „Mehr Demokratie“

„Die Vorschläge vom Landesverband Mehr Demokratie zur Änderung des Thüringer Landeswahlrechts sind wichtig für die notwendige Reformdebatte“, so Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin der Linksfraction. So wie die LINKE es schon seit Jahren fordert, soll das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden. Allerdings bestehe noch Klärungsbedarf, warum Mehr Demokratie nur ein befristetes Pilotprojekt vorschlägt. „Es ist auf jeden Fall sinnvoll, die Einflussmöglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner in Thüringen bei Wahlen zu erhöhen. Dazu zählt neben der dauerhaften Absenkung des Wahlalters auch die Einführung des Landtagswahlrechts für Nichtdeutsche. Deshalb wird die Linksfraction in der Diskussion mit Mehr Demokratie darum werben, dass der Verein auch diesen Punkt in seinen Forderungskatalog zum Thüringer Landeswahlrecht mit aufnimmt.“ ■